

Dem 2. September

ist auch in diesem Jahre der Charakter eines großen nationalen Festtages erhalten geblieben.

Aus den verschiedensten Theilen des Vaterlandes, aus Breslau, Bremen, Braunschweig, Posen, München, Hamburg, Leipzig, Nürnberg u. s. w. liegen Berichte darüber vor, daß der ruhmreichste Tag der neueren deutschen Geschichte in Nord und Süd, West und Ost ebenso festlich begangen worden ist, wie in der Reichshauptstadt, die ihr treues Gedächtniß für die Ehrentage der Nation auch in diesem Jahre durch die Anlegung eines glänzenden Festgewandes bezeugt hatte.

Neben den von Königlichen und städtischen Behörden, öffentlichen und privaten Vereinen getroffenen Veranstaltungen haben die an vielen Orten herkömmlich gewordenen Schulfestlichkeiten besonders dazu beigetragen, der Feier des Tages einen würdigen und patriotischen Charakter zu verleihen und dem 2. September eine bleibende Stelle im Volksbewußtsein zu sichern. Daß das in dieser Rücksicht von den Schulen Berlins gegebene Beispiel vielfach Nachahmung gefunden hat, geht auch aus den diesmaligen Berichten hervor.

Der frische und herzliche Charakter, den die Festfeier allenthalben getragen hat, bezeugt aufs Neue, daß die großen Erregenschaften der Jahre 1870 und 1871 mit dem Bewußtsein des Volkes fest verwachsen und zu einem Stück unantastbarer nationaler Verehrung geworden sind. Wenn der Tag von Sedan der Nation nur die Erinnerung an einen kriegerischen Erfolg bedeutete, so würde er vielleicht das Geschick anderer Gedenktage solcher Art getheilt und von Jahr zu Jahr an seiner Volksthümlichkeit Einbuße erlitten haben. Daß das nicht geschehen, die Feier des 2. September vielmehr in immer weitere Volkskreise gedrungen ist, rührt davon her, daß dieser Tag von der Nation als der Anfang der Wiederherstellung unseres nationalen Staates gefeiert wird und daß die Werthschätzung dieses hohen Gutes sich im Lauf der Jahre auch dadurch gesteigert hat, wo es in Mitlen der deutschen Umgestaltung an dem gehörigen Verständniß fehlte.

Es ist vor Allem erfreulich, daß jene wechselnden Stimmungen und Gegensätze des Tages, welche bei einem höher entwickelten politischen Leben überall erscheinen, an der patriotischen Gesinnung, mit welcher die Nation den 2. September feiert, weder jetzt noch früher etwas zu ändern vermocht haben.

Die Klassensteuer.

IV.

Muß nach allen vorangegangenen Ausführungen die Klassensteuer als eine Abgabe bezeichnet werden, deren Erhebung einst durch die Noth gerechtfertigt war, heute aber einen solchen Rechtfertigungsgrund nicht mehr besitzt und welche, was am schwersten ins Gewicht fällt, der betroffenen Bevölkerungsschicht heute einen wirtschaftlichen Nachtheil zufügt, der höher anzuschlagen ist, als im dritten und vierten Jahrzehent unseres Jahrhunderts, so gebührt es sich, die Mittel des Ersatzes aufzusuchen. Denn nur um einen Ersatz kann es sich handeln, nicht um einen solchen Erlaß, welcher die Staatseinnahmen um den Betrag der Klassensteuer vermindern würde; dazu sind die Anforderungen an die Staatsleistungen zu hochsteigende geworden.

In den vorangegangenen Ausführungen ist erwähnt, wie bei der Einführung der Klassensteuer von den Gegnern derselben eine stärkere Belastung der höheren Stände befürwortet wurde. Diese Belastung ist inzwischen in bedeutendem Maße eingetreten. Es fragt sich, ob die völlige Befreiung der klassen-

steuerpflichtigen Bevölkerung durch die entsprechende Höherbelastung der wohlhabenden Stände erstrebt werden darf.

Es fehlt nicht an Stimmen, welche diesen Weg anrathen. Aber so, wie dieselben sich meist vernehmen lassen, ist ihnen eine Ankunde der einschlagenden Verhältnisse anzumerken, welche ihren Rathschlägen nahezu jeden Anspruch auf Beachtung entzieht. Wollte der Staat, wie diese Rathschläge zu empfehlen sich getrauen, seinen Bedarf überwiegend dem großen Kapital entnehmen mittelst hoher progressiver Vermögenssteuern, Erbschaftssteuern, procentualer und progressiver Besteuerung der Börsengeschäfte u. s. w., so würde er den größten materiellen Hebel jeder eigentlichen Civilisation, nämlich die Kapitalbildung und das zu derselben gehörige Operationsfeld des Kapitals auf seinem Boden zerstören. Die Folge einer solchen Steuerpolitik würde sein, daß das deutsche Volk zum Theil sich der Kapitalbildung entwöhnte, um wirtschaftlich und ebenso in allen anderen Beziehungen unaufhaltsam auf die Stufe der Barbaren zu sinken. Ein anderer Theil, welcher dem Trieb der Kapitalanlage als dem Erbtheil einer langen Kulturgewohnheit zu folgen fortfahren würde, dürfte sich dazu den Boden des Auslandes aufsuchen, ohne dadurch der zunehmenden heimathlichen Barbarei zu steuern.

Es darf Wunder nehmen, daß die Anhänger der deutschen Freihandelschule, die so wachsam sind, wo sie ein Stück Sozialismus zu sehen glauben — ohne zu unterscheiden, ob es sich um wahren oder falschen Sozialismus handelt — nicht auf ihrem Posten gefunden werden, wo es sich um einen der gefährlichsten, zum falschen Sozialismus führenden Wege handelt. Der Trieb der Kapitalbildung ist kein Naturtrieb, sondern eine Eigenschaft, welche der menschliche Charakter durch die Kultur erwirbt, und welche gepflegt und geschont sein will. In einem großen Theil der Menschheit, vielleicht in dem zahlreichsten, erheben sich ganze Bevölkerungsschichten noch nicht über ein leichtsinniges oder ein resignirt stumpfes Aus der Hand in den Mund leben. Fängt man an, die Gewohnheit der Kapitalbildung mit Hindernissen zu umgeben und gleichsam Strafen darauf zu setzen, so könnte man selbst bei einem alten Kulturvolk überraschend schnell zur Ausrottung dieser Eigenschaft gelangen, und damit des ersten Hebels der Kultur.

Es kann unter Sachkennern kaum ein Widerspruch sein, daß auf den Trieb der Kapitalbildung nichts so zerstörend wirken müßte, als inquisitorisches Eindringen in die wirtschaftlichen Verhältnisse behufs hoher Besteuerung gewisser Vermögensformen.

Der falsche Sozialismus hat immer progressive Einkommensteuern unter spezieller Belastung des Einkommens aus sogenanntem fundirten Kapital verlangt. Der falsche Sozialismus mußte dabei wenigstens, was er that: er wollte zur Expropriation oder zur Vernichtung des individuellen Kapitalbesitzes gelangen. Dabei war der falsche Sozialismus, abgesehen von der Verkehrtheit seines Zieles, in der Voraussetzung befangen, daß es einen Stand großer Kapitalbesitzer und eine vermögenslose Masse gäbe. Schriftsteller, welche den Sozialismus auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen suchten, haben zugegeben, daß die Ansammlung des Kapitals in den Händen Weniger ein Prozeß sei, der jetzt noch in der Vollziehung begriffen erscheine, nach dessen Vollendung erst zur Expropriation der Kapitalisten Namens der Gesellschaft geschritten werden könne.

Die neuesten Lobredner der auf inquisitorisches Eindringen in die Arten und Größen des Einkommens und Vermögens basirten Steuern können nun nicht, wie die naiven Fanatiker des falschen Sozialismus, den gewichtigen Umstand übersehen, daß das Vermögen im engeren Sinne, das sogenannte fundirte Kapital in den verschiedensten Maßen vertheilt ist. So haben

wir denn am 15. Juni im Reichstag aus dem Munde des Herrn v. Bennigsen gehört, man müsse einen Unterschied machen zwischen dem, was der Einzuschätzende in dem einzelnen Jahre erwirbt aus irgend einer Thätigkeit, und dem, was er aus erbtem oder früher erworbenem Vermögen an Zinsen oder Renten einzunehmen hat; man müsse untersuchen, ob die Skala eine richtige sei, ob nicht die Gleichmäßigkeit der Sätze zu weit gehe, ob nicht die mittleren und unteren Klassen gegenüber den höheren erleichtert werden müßten.

Auf diese Weise glaubt Herr v. Bennigsen, dem Bedürfniß der Steuerreform zu genügen, sowohl, fürs Erste wenigstens, behufs Deckung der wachsenden Staatsleistungen, als behufs Erleichterung des Druckes der jetzigen Steuern. Herr v. Bennigsen beruft sich auf einen Entwurf, welcher auf ähnlichen Basen vor zwei Jahren im preussischen Finanzministerium zur Reform der Klassen- und Einkommensteuer wie der Gewerbesteuer ausgearbeitet und den Provinzialbehörden zur Begutachtung mitgetheilt worden sei. Herr v. Bennigsen übersieht, daß eine gewissenhafte Finanzverwaltung die Gangbarkeit aller Wege prüft, und daß ein zum Zweck der Prüfung ausgearbeiteter und nur vertraulich innerhalb der Verwaltung mitgetheilte Entwurf noch nicht einmal den Entschluß zu einem gesetzgeberischen Versuch, geschweige ein bindendes Bekenntniß einschließt.

Die Empfehlung des bezeichneten Weges fällt demnach ausschließlich auf die Verantwortung des Herrn v. Bennigsen, und die Empfehlung kann nur Befremden erwecken. Es ist eine auffällige Selbsttäuschung, darin Gerechtigkeit zu sehen, daß man den Theil des Einkommens, welcher aus Kapitalbesitz fließt, überall höher zu belasten vorschlägt. Unsere Voreltern sahen die Haushaltungen als schlecht geführte an, die neben dem Schrepfennig und Ehrenpfennig die Zurücklegung eines Nothpfennigs versäumten. Heute wird der Nothpfennig nicht mehr in Schränken verwahrt oder in Kellern vergraben u. s. w. sondern angelegt, d. h. zinstragend. Will man diesen Nothpfennig unbarmherzig höher besteuern, so wird er in vielen Fällen nicht mehr zurückgelegt werden. Dies wird unterbleiben theils aus Unwillen über die höhere Steuer, vornehmlich aber aus Besorgniß, der Einschätzungskommission immer wieder über den Verbleib des Nothpfennigs Rechenschaft geben zu müssen, wenn die Noth wirklich gekommen ist.

Die Staatsregierung wird die Bemühungen fortsetzen, die Einnahmen, welche zur Steuerreform, namentlich zur allmählichen Beseitigung der Klassensteuer von unten auf, erforderlich sind, auf dem Wege indirekter Abgaben zu beschaffen, und die gefundenen Modalitäten den Vertretungskörpern annehmbar zu machen.

Aber die Staatsregierung weiß sehr wohl, daß bei Steuern sehr viel auf den guten Willen, auf die vortheilhafte Meinung der Besteuerten ankommt. Sollte Herr von Bennigsen in der Lage sein, einen allgemeinen Enthusiasmus zu erregen für Selbstdeklaration jeder Art des Einkommens und Vermögens, für rigoristische Strafen bei jeder Art von dabei unterlaufendem Irrthum oder Täuschung, für inquisitorische Kontrolle der gemachten Angaben in Bezug auf ihre Genauigkeit, so würde am Ende freilich die Staatsregierung sich die Frage vorlegen müssen, ob sie trotz schwerer Bedenken aller Art dem angeführten Führer der nationalliberalen Partei auf diesem Wege folgen dürfte.

**Unser Kaiser** hat sich auch in der verfloffenen Woche im ungestörten Genuße erfreulichsten Wohlbefindens der Erledigung der Regierungsgeschäfte gewidmet. Gestern (5. September) trat der oberste Kriegsherr in den ersten Nachmittagsstunden die Reise nach Breslau an, um in dortiger Umgegend bis zum 15. September den Manövern des 5. und 6. Armeekorps beizuwohnen.

**Unsere Kaiserin**, welche um des noch immer fortdauernden Fußleidens willen den Kaiserlichen Gemahl nicht nach Schlesien begleiten kann, hat ihrem Bedauern darüber in folgendem Schreiben an die Herzogin von Ratibor Ausdruck gegeben:

Babelsberg, den 29. August 1882.

Liebe Herzogin.

Tief betrübt richte ich diese Zeilen an Sie, wohl wissend, von Ihnen verstanden zu werden.

Ein Fall im Zimmer, der anfänglich von unwesentlichen Folgen zu sein schien, hat mich leider bis jetzt, trotz völliger Ruhe und dem Gebrauch geeigneter Mittel, unfähig gemacht zu gehen, da jede Bewegung mit Schmerzen verursacht.

Es ist dies allerdings eine Geduldsprobe, aber sie verschwindet im Vergleich zu dem Kummer, meine Pflicht unerfüllt lassen zu müssen jener Provinz gegenüber, deren Wohlthätigkeit ich so viel Dank schulde und an deren Gedeihen ich mich von ganzem Herzen betheilige!

Schon im vorigen Jahre hatte ich Schlesien besuchen wollen, um den Vereinen mündlich zu danken. Jetzt freute ich mich, mitten unter den Anstalten und Vereinen Zeuge des patriotischen Empfanges des Kaisers sein zu können und das alte Band gegenseitiger Anhänglichkeit befestigt zu sehen, als Erbschaft von einer Generation zur anderen.

Gott hat es anders gefügt und ich muß auf diese Freude verzichten!

Ich rechne auf Ihr Mitgefühl und bitte Sie, mein Bedauern allseitig auszusprechen, indem ich in alter Gesinnung verbleibe

Ihre

Augusta.

Inzwischen hat die Kaiserin zur Beschleunigung der Heilung des verletzten Fußes sich der Anlegung eines Gypsverbandes unterziehen müssen. Das Allgemeinbefinden der erlauchten Patientin ist jedoch durchaus befriedigend und giebt glücklicherweise zu Besorgnissen keinerlei Anlaß.

**Unser Kronprinz**, mit der **Kronprinzessin** bereits in voriger Woche von der größeren Reise nach Tirol, der Schweiz und Italien wieder in Potsdam glücklich zurückgekehrt, hat sich mit der hohen Gemahlin gestern ebenfalls zur Theilnahme an den großen Manövern nach Schlesien begeben.

Die Nachrichten über das Befinden des **Prinzen Karl** lauten fortdauernd günstig. Bei fortgesetzt warmer und heiterer Witterung wird der Aufenthalt auf Wilhelmshöhe auch noch über das Ende dieser Woche ausgedehnt werden, für welches die Rückkehr nach Berlin anfänglich beabsichtigt war.